



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
4. Sitzung des Rates
am Dienstag, dem 19.09.2023
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:38 Uhr
Ende: 20:51 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD

Herr Mehmet Akca
Herr Denis Aschhoff
Frau Alexandra Bartosch
Herr Oliver Bartosch
Herr Joachim Eckardt
Frau Carina Feige
Herr Daniel Heidler
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Gökçen Kuru
Frau Brigitte Langer
Frau Elena Liedtke
Frau Jutta Maeder
Herr Bastian Nickel
Frau Nadine Pasalk
Herr Lucas Sklorz
Frau Ulrike Skodd
Herr Oliver Syperrek
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Michael Bierhoff
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Sarah Grüneberg
Herr Stefan Helmken
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing

Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Frau Helga Pszolka
Herr Dr. Oliver Romeo
Herr Andreas Sude
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Brauckmann
Frau Anke Dörlemann
Frau Sandra Heinrichsen
Frau Christina Kollmann
Herr Marian-Rouven Madeja
Frau Anke Schneider

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Ruthild Lindemann-Opfermann

FW Kamen

Herr Dirk Externbrink
Herr Dennis Kobus

FDP

Herr Alfred Mallitzky
Frau Alexandra Werthmann

fraktionslos

Herr Timon Lütschen

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Max Pasalk
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Frau Julia Freundl
Herr Dietmar Lerch
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Hanna Schulze
Herr Christian Völkel
Herr Christoph Watolla

Personalrat

Herr Frank Richard

Entschuldigt fehlten

Frau Rosemarie Gerdes
Herr Peter Holtmann
Frau Manuela Laßen
Herr Ulrich Lehmann

Die Bürgermeisterin, Frau **Kappen**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Umbesetzung von Ausschüssen	087/2023
3	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Verkehrsflächen und Anlagen im Stadtgebiet der Stadt Kamen	089/2023
4	Änderung der Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 18 Ka-HW „Hans-Böckler-Straße/THS-Siedlung“ hier: Satzungsbeschluss	071/2023
5	Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Auszahlung im Produkt 54.01.01 – Bau und Unterhaltung von Verkehrsflächen hier: Buchungsstelle 54.01.01/0518.783100 – Nordring	065/2023
6	Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Produkt 54.01.01 – Bau und Unterhaltung von Verkehrsflächen hier: Buchungsstelle 54.01.01.522000-0601 – Aufwendungen für Energie und Wasser	063/2023
7	Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe im Produkt 36.02.01 hier: Neugestaltung Skatepark	090/2023
8	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe im Produkt 21.01.01.- Sanierung der Sporthalle an der Friedrich-Ebert-Schule	077/2023
9	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Einführung des Deutschlandtickets für das Schuljahr 2023 / 2024 an den Schulen in Trägerschaft der Stadt Kamen	073/2023
10	Neufassung der „Richtlinien der Stadt Kamen über die Vergabe und Nutzung des Bürgerhauses Kamen-Methler“	068/2023
11	Jahresabschluss 2022	064/2023
12	Entlastung des Betriebsausschusses für das Geschäftsjahr 2022	081/2023
13	Austritt der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) aus der Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH (WZL-GmbH)	062/2023

14	Leitbild für die OGS in Kamen: „OGS in Kamen – Ganztägige Bildung“	075/2023
15	Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien hier: Beschluss	070/2023
16	Charta Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr	080/2023
17	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.
087/2023

Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nachfolgende Umbesetzungen:

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
<u>Schul- und Sportaus-</u> <u>schuss</u>		
ordtl. Mitglied	Laura Glas	Werner Bucek
stellv. Mitglied	Werner Bucek	Jana Bornemann

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Verkehrsflächen und Anlagen im Stadtgebiet der Stadt Kamen

Die **Bürgermeisterin** und Frau **Schulze** erläuterten ausführlich die Beschlussvorlage.

Herr **Heidler** richtete zunächst seinen Dank an die Verwaltung, den Landrat und die Polizei, die sehr schnell auf den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU reagiert hätten. Es sei hier jedoch ein Gesamtpaket nötig. Die Situation am Markt habe sich zwar mittlerweile verbessert, aber es müssten regelmäßig Überprüfungen durchgeführt werden. Die Innenstadt und der Marktplatz seien ein wichtiger Treffpunkt, deshalb dürften hier keine Zugangsbeschränkungen entstehen. Eine Erweiterung des Stellenplans sei unverzichtbar, um den Anforderungen des Antrages gerecht zu werden.

Herr Madeja verließ um 18.55 Uhr die Sitzung.

Herr **Eisenhardt** sagte, die CDU-Fraktion würde die Situation seit Jahren bedauern. Es wäre dringend notwendig, etwas zu tun und die Problemlagen in der Innenstadt in Zukunft zu entschärfen. Dazu bräuchte man Ordnungskräfte, die vor Ort sichtbar wären und Fehlverhalten sanktionieren würden. Er gab Frau Schulze recht, dass das vorhandene Regelwerk dafür genügt hätte. Allerdings plädierte er für eine Verschärfung der ordnungsbehördlichen Verordnung, um damit auch die Ordnungskräfte zu stärken. Man sollte die Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Zukünftig sollten zudem weitere Maßnahmen folgen.

Herr Wiedemann verließ um 19.00 Uhr die Sitzung.

Herr **Grosch** äußerte sich besorgt über die Belästigung der Bürgerinnen und Bürger. Er sagte, dass diese Problemlagen schon seit Jahrzehnten in Wellen auftreten würden. Er lobte die aktuelle Präsenz der Polizei und Ordnungskräfte, die zu einer Verbesserung der Situation beigetragen habe. Herr Grosch gab jedoch zu bedenken, dass der vorliegende Bußgeldkatalog nicht wirksam sei, da der betroffene Personenkreis die Strafen nicht bezahlen könne. Er forderte, dass die gesellschaftlichen Probleme, die die jungen Erwachsenen betreffen, nicht ignoriert werden dürften. Hier fehle ihm in der Diskussion die Stellungnahmen der Streetworker. Er kritisierte einige Sätze der neuen ordnungsbehördlichen Verordnung, die seiner Ansicht nach unklar formuliert seien. Seine Fraktion lehne den Beschlussvorschlag daher ab. Er begrüßte jedoch die personelle Aufstockung des städtischen Ordnungsdienstes.

Die **Bürgermeisterin** informierte, dass zukünftig vermehrt Statistiken für die Ordnungsmaßnahmen erstellt würden. Sie bekräftigte, dass die Streetworker die Jugendlichen weiterhin unterstützen. Ein Bericht darüber werde im Frühjahr im Jugendhilfeausschuss erwartet.

Frau **Heinrichsen** bedankte sich für die Ausführungen. Sie lobte, dass der Bußgeldkatalog als eine von vielen möglichen Maßnahmen in Betracht gezogen werde. Sie bat um eine abschließende Gesamtbewertung.

Die **Bürgermeisterin** erklärte, dass es sich nicht nur um Ordnungswidrigkeiten, sondern auch um Straftaten handele, die konsequent verfolgt wer-

den müssten. Sie lobte die Zusammenarbeit mit den Streetworkern und kündigte an, dass es im Sommer 2024 einen Bericht im Rat über alle bis dahin ergriffenen Maßnahmen von der Polizei sowie den Streetworkern geben werde.

Herr **Heidler** erklärte, dass Maßnahmen notwendig seien, um die Betroffenen wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Der Rat der Stadt Kamen werde mit der Ordnungsbehördlichen Verordnung eine klare politische Haltung zeigen.

Die FDP-Fraktion begrüße die Maßnahmen, sehe aber den Bußgeldkatalog nicht als zielführend, so Herr **Mallitzky**. Daher werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Herr **Aschhoff** war überzeugt, dass der Bußgeldkatalog zu Lerneffekten führen werde. Er erklärt, dass ein Gesamtkonzept für die Innenstadt Zeit erfordere.

Frau **Schneider** forderte eine soziale Kontrolle, die besonders nach Geschäftsschluss greifen sollte. Sie argumentierte, dass dies die Sicherheit und das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger erhöhen würde.

Herr **Grosch** betonte, er hätte sich schon vor langer Zeit für präventive Maßnahmen eingesetzt.

Herr **Kuru** fragte die Fraktionen FDP, Linke und Grüne nach konkreten Lösungsvorschlägen für geeignete Maßnahmen in der Innenstadt.

Auch Frau **Klanke** vermisste die Lösungsvorschläge der anderen Fraktionen.

Herr **Mallitzky** drückt sein Verständnis für die SPD-Fraktion aus. Er gestehe, dass er keine Lösung für das Problem habe, betont aber, dass der Bußgeldkatalog nicht die richtige Antwort sei. Er fordert, dass weitere Maßnahmen in Betracht gezogen werden müssten.

Frau **Schulze** erläuterte die unterschiedlichen Ordnungsvergehen. Sie fügte hinzu, dass man bei einer Zahlungsunfähigkeit einen Antrag auf Ratenzahlung oder Stundung stellen könne.

Frau **Lindemann-Opfermann** erklärte, dass ihre Fraktion die Ordnungsmaßnahmen nicht grundsätzlich ablehne. Sie wünsche sich jedoch mehr soziale Unterstützung für die Betroffenen.

Herr **Eisenhardt** entgegnete, dass man in der Vergangenheit soziale Maßnahmen durchgeführt habe, die aber wirkungslos geblieben seien. Deshalb habe man die Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung verlangt, diese sei auch nur ein Teil der Lösung. Auch er kritisierte, dass keine weiteren Lösungsansätze von den anderen Fraktionen angeboten würden.

Herr **Wünnemann** erklärte, dass die Verordnung unnötig sei, weil alle Ordnungsvergehen bereits durch andere Regelwerke hätten sanktioniert werden können.

Herr **Mallitzky** schloss sich den Ausführungen von Frau Lindemann-Opfermann an.

Herr **Kobus** äußerte seine Unterstützung für Ordnungsmaßnahmen und die damit verbundene Stellenaufstockung. Er bemängelte jedoch, dass die Verordnung für das gesamte Innenstadtgebiet gelte. Er hielt sie für ein ungeeignetes Instrument und bezweifelte ihre rechtliche Beständigkeit. Außerdem gebe es bereits bestehende Regelwerke, um Ordnungswidrigkeiten zu sanktionieren.

Frau **Klanke** fasste zusammen, dass der gemeinsame Antrag mit der CDU-Fraktion vor der Sommerpause gestellt worden sei und somit ausreichend Zeit gewesen wäre, Lösungsvorschläge vorzubereiten. Dies sei von keiner Fraktion geschehen. Stattdessen lehnen viele Teile des Rates den Maßnahmenkatalog ab, den die Verwaltung nur als einen Baustein zunächst präsentiere.

Die **Bürgermeisterin** erläuterte Herrn Kobus, dass die Verordnung nur für das gesamte Stadtgebiete gelten könne. Die Ordnungsbehördliche Verordnung sei eine Zusammenfassung aller Regelwerke und würde die Arbeit der Ordnungskräfte erleichtern, Maßnahmen schneller umzusetzen.

Herr **Grosch** legte erneut dar, warum die Verordnung und der Bußgeldkatalog seiner Meinung nach nicht angemessen seien. Er betonte, dass seine Fraktion alle anderen Maßnahmen unterstützen würde.

Herr **Aschhoff** erläuterte, dass es sich bei der Verordnung zunächst nur um einen Aspekt von vielen handele.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte „Ordnungsbehördliche Verordnung auf Verkehrsflächen und Anlagen im Stadtgebiet der Stadt Kamen“.

Gleichzeitig tritt die „Ordnungsbehördliche Verordnung auf Verkehrsflächen und Anlagen im Stadtgebiet der Stadt Kamen in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.07.2002“ außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Die Sitzung wurde von 19.52 Uhr bis 20.01 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Zu TOP 4.
071/2023

Änderung der Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 18 Ka-HW „Hans-Böckler-Straße/THS-Siedlung“
hier: Satzungsbeschluss

Auf die Frage von Frau **Maeder**, wie die Hausbesitzer informiert werden würden, antwortete Herr **Dr. Liedtke**, dass dies postalisch geschehen würde.

Herr **Eisenhardt** gab zu verstehen, dass seine Fraktion mit dem Satzungsbeschluss unzufrieden sei, ihm aber dennoch zustimmen würde. Die Wohn-

verhältnisse entsprächen denen aus den 50er Jahren. Er erkundigte sich nach einer möglichen Farbgestaltung der Häuser und verwies dabei auf § 4 Abs. 2 der Satzung.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte die unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse. Die Satzung sei zeitgemäß angepasst worden und die Farbgestaltung der Häuser könne nun verändert werden sowie die Möglichkeit zur Installation einer Photovoltaikanlage.

Für Herrn **Kasperidus** sei die Beibehaltung des Charakters wichtig. Er äußerte Bedenken zur Neuregelung der Farbgebung.

Die Frage von Herrn **Mallitzky** nach der Sinnhaftigkeit der Fenstergestaltung bejahte Herr **Dr. Liedtke**.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt auf Grund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.01.2023 i.V.m. mit § 89 der Landesbauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.09.2021 nachstehende Änderung der Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. !8 Ka-HW „Hans-Böcklerstraße/THS-Siedlung“

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Gestaltungssatzung sind in dem beiliegenden Lageplan ersichtlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
065/2023

Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Auszahlung im Produkt 54.01.01 – Bau und Unterhaltung von Verkehrsflächen
hier: Buchungsstelle 54.01.01/0518.783100 – Nordring

Beschluss:

Im Produkt 54.01.01 – Bau und Unterhaltung von Verkehrsflächen – werden bei der Buchungsstelle 54.01.01/0518.783100 – Nordring - Mittel in Höhe von 145.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
063/2023

Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Produkt 54.01.01 – Bau und Unterhaltung von Verkehrsflächen
hier: Buchungsstelle 54.01.01.522000-0601 – Aufwendungen für Energie und Wasser

Beschluss:

Im Produkt 54.01.01 – Bau und Unterhaltung von Verkehrsflächen – werden bei der Buchungsstelle 54.01.01.522000-0601 Mittel in Höhe von 324.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
090/2023

Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe im Produkt 36.02.01
hier: Neugestaltung Skatepark

Herr **Heidler** wies auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU hin, der eine Neugestaltung des Skateparks vorsah. Die Konzeption hätte viel Zustimmung gefunden. Er bemängelte die Regelung des Fördergebers. Dies sei eine zusätzliche Belastung für die Stadt Kamen.

Herr **Langner** begrüßte die Umsetzung des Antrages.

Auf die Frage von Herrn **Eisenhardt**, warum die Fördermittel erst zu einem späteren Zeitpunkt fließen, antwortete die **Bürgermeisterin**, dass dies auf eine gesetzliche Regelung zurückzuführen sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt eine überplanmäßige investive Mehrausgabe in Höhe von 120.000,00 € im Produkt 36.02.01/0684.782600 - Skatepark - Neugestaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
077/2023

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe im Produkt 21.01.01.- Sanierung der Sporthalle an der Friedrich-Ebert-Schule

Herr **Grosch** merkte an, dass die Begründung zur Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung fehlen würde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Begründung ist der Dringlichkeitsentscheidung 066/2023 beigelegt.

Herr **Dr. Liedtke** führte aus, dass sowohl Firmeninsolvenz, Kostensteigerung aber auch notwendige zusätzliche Maßnahmen zu höheren Kosten geführt hätten. Dies habe die Beantragung von überplanmäßigen Mitteln notwendig gemacht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen genehmigt gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW die nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung vom 09.08.2023:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt eine überplanmäßige investive Mehrausgabe in Höhe von 470.000,- € im Produkt 21.01.01./0502.783100 – Grundschulen - Sanierung der Sporthalle an der Friedrich-Ebert-Schule -.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
073/2023

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Einführung des Deutschlandtickets für das Schuljahr 2023 / 2024 an den Schulen in Trägerschaft der Stadt Kamen

Frau **Schneider** begrüßte die Einführung des Deutschland-Tickets und hoffte auf zukünftige Finanzierung.

Auch Herr **Heidler** bekräftigte den Wunsch nach einer langfristigen Sicherstellung der Finanzierung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen genehmigt gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW die nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung vom 17.08.2023:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Einführung des „Deutschlandticket“ an Schulen in Trägerschaft der Stadt Kamen für das Schuljahr 2023 / 2024 zum 01.10.2023 nach dem Landesmodell B 2 (Schulträger bezieht die Grundschüler*innen in das Landesmodell mit ein).

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der notwendigen Schritte, insbesondere mit dem Abschluss des Vertrages nach dem Landesmodell mit der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH, beauftragt.

Eine nachhaltige Finanzierung ist derzeit nicht sichergestellt. Sollte künftig eine über das bisherige Maß hinausgehende Finanzierung erforderlich sein, ist rechtzeitig vor Beginn des Schuljahres 2024/2025 neu zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
068/2023

Neufassung der „Richtlinien der Stadt Kamen über die Vergabe und Nutzung des Bürgerhauses Kamen-Methler“

Herr **Heidler** merkte an, dass die Richtlinien eine moderate Refinanzierung darstellten, um eine nachhaltige Sicherung zu gewährleisten.

Beschluss:

Die als Anlage vorgelegte Neufassung der „Richtlinien der Stadt Kamen über die Vergabe und Nutzung des Bürgerhauses Kamen-Methler“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.
064/2023

Jahresabschluss 2022

Herr **Heidler** berichtete, dass der Rechnungsprüfungsausschuss das positive Ergebnis bestätigt habe. Er drückte jedoch seine Besorgnis über die zukünftige Haushaltsentwicklung, insbesondere wegen der geplanten Anhebung der Kreisumlage, aus.

Herr **Eisenhardt** erklärte, dass der Jahresabschluss die strukturelle Unterfinanzierung aufzeige. Der Umgang mit dem Jahresabschluss gestalte sich daher herausfordernd.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2022 wird einschließlich des Lageberichtes festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 10.470.823,04 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.
3. Der Bürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2022 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 12.
081/2023

Entlastung des Betriebsausschusses für das Geschäftsjahr 2022

Beschluss:

Dem Betriebsausschuss wird gemäß § 4 Buchstabe c der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.
062/2023

Austritt der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) aus der Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH (WZL-GmbH)

Beschluss:

1. Die VertreterInnen der Stadt Kamen in den Gremien (Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat) der WFG werden beauftragt, den notwendigen Beschlussvorlagen zum Austritt der WFG aus der WZL-GmbH zuzustimmen und die Geschäftsführung zu bevollmächtigen sämtliche Erklärungen sowie Rechtshandlungen im Zusammenhang mit dem Austritt aus der WZL-GmbH vorzunehmen.
2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, das kommunalrechtliche Anzeigeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.
075/2023

Leitbild für die OGS in Kamen: „OGS in Kamen – Ganztägige Bildung“

Herr **Heidler** drückte den Mitwirkenden seinen Dank für die positive und besondere Mitarbeit zum Leitbild für die OGS aus. Er betonte, wie wichtig es sei, gemeinsam an einer Vision für die Zukunft der Schulen zu arbeiten.

Herr **Grosch** begrüßte die Vorlage. Er erinnerte an die Kritik der Träger, dass Mindeststandards auch finanzierbar sein müssen.

Auch die CDU-Fraktion bewerte die Vorlage als positiv, so Herr **Langner**. Das Leitbild stelle ein Alleinstellungsmerkmal für Kamen dar. Als problematisch werde sich allerdings der Fachkräftemangel auswirken.

Beschluss:

Das Leitbild für die OGS in Kamen „OGS in Kamen – Ganztägige Bildung“ wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Qualitätsentwicklung der OGS in Kamen auf der Grundlage des Leitbildes als Orientierungsrahmen weiter zu begleiten und entsprechende Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 15.
070/2023

Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
hier: Beschluss

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stimmt der Stellungnahme zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP) NRW, die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens fristgerecht – vorbehaltlich der Zustimmung - abgegeben wurde.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 16.
080/2023

Charta Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr

Herr **Heidler** begrüßte die positive Beschlussvorlage.

Herr **Bierhoff** lobte das Netzwerk zur Infrastruktur Metropole Ruhr und betonte, wie wichtig es sei, die Region als attraktiven Standort zu fördern.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen unterstützt die nachhaltige Mitwirkung an der Charta Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr als Leitbild und Richtschnur für die zukünftige Entwicklung der Grünen Infrastruktur.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 17.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Die **Bürgermeisterin** wies auf die Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturelle Woche hin.

Frau **Peppmeier** informierte über den bevorstehenden Severinsmarkt und die GSW-Kneipen-Nacht.

Anfragen

Herr **Kissing** bat die Verwaltung bei der GWA prüfen zu lassen, ob die Preise für die Abgabe von Wertstoffen nicht stärker von der Abgabemengen abhängig gemacht werden könne.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer